

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Nouvelles de France. Deutsche Ausgabe. 1947-1948 1947

406 (24.1.1947)

FREITAG
24.
JANUAR
1947
2. Jahrgang
No 404
30 Pfg.

DEUTSCHE AUSGABE

Nouvelles de France

NACHRICHTENBLATT

DIRECTION
REDACTION
ADMINISTRATION
MARTIN 4
KONSTANZ
ANZIGEN:
Agence Havas
Martinstadt 4
KONSTANZ
und
Neuböden

Die neue französische Regierung

DAS Ministerium Ramadier, das mit 14 Stunden Verspätung gegenüber den Vorhersagen und am Ende eines Tages fieberhafter Verhandlungen gebildet worden ist, hat am Donnerstag seine Amtstätigkeit begonnen.

Ein schwieriges Problem war die Zuteilung der Nationalverteidigung an einen Vertreter der kommunistischen Partei, und man weiß, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um zu einer Lösung zu gelangen. Den letzten Widerstand hatte der Ministerpräsident beim Zusammenbau des Ganzen gefunden, das nach einem Gleichgewicht zwischen den marxistischen und nicht-marxistischen Kabinettsmitgliedern verfasste.

Schließlich wurde die Einigung auf der Basis erreicht, die man in der Zusammensetzung der neuen Regierung erkannt: 9 Sozialisten und 5 Kommunisten gegen 5 MRP und 2 Unabhängige. Das Rassemblement des Ganzen war wie das MRP einvernehmlich, in der Minderheit zu sein, wahrscheinlich unter dem Eindruck des Excesses, das Ramadier im Palais Bourbon zersplittert hat, und das man nicht als marxistisch erachten konnte.

Die Amtübernahmen werden Donnerstag und Freitag stattfinden, und die Regierung wird ihren ersten Ministerrat abhalten. Erst nach diesen Beratungen wird man offiziell die Namen der Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre kennen. In dem nächsten Kabinettsrat nimmt man an, daß Daniel Mayer zum Staatssekretär der Ministerpräsidenten ernannt wird, man hört, der ehemalige sozialistische Parteisekretär werde mit der Information betraut. Die Unterstaatssekretäre seien: Gastier im Wirtschaftsministerium, Fran Vignot für den Sport, Marie (Radikal) im Arbeitsministerium und Robert Prigent (MRP) im Bevölkerungsministerium. Man ist der Auffassung, daß Ramadier die Absicht habe, seine Regierung der Nationalversammlung vorzustellen, obwohl ihn die Verfassung nicht dazu zwingt, und die unmittelbare Diskussion etwaiger Interpellationen auszuweichen.

Die Pariser Zeitungen vom Donnerstag berichten bereits dem neuen Ministerium einen guten Empfang, und die Leiharbeiter sind sich in der Meinung, die sie dem Blatt und dem politischen Sinn, den der Ministerpräsident bei der Lösung der schwierigen Krise bewiesen hat, eink. Im allgemeinen bringen sie ihm Vertrauen entgegen, um dem notwendigen verschiedenen Ministerium, das er konstituiert hat, eine möglichst große Einheit zu geben!

In der Tat ist die neue Regierung bis auf eine Partei das Spiegelbild der beiden Kammern. Alle politischen Gruppen, außer dem PFL, sind vertreten: dieses hat selbst seine Teilnahme verweigert, indem es nicht für Ramadier stimmte.

Eine Bemerkung drückt sich auf. Obwohl das MRP seine Mitarbeit leih. ist es dies mit viel Zögern, wenn nicht gar mit Widerwillen. Seine parlamentarische Gruppe hat gehalten darauf hinzuweisen, daß seine Minister sofort ihren Rücktritt einreichen, wenn das Kabinett sich von dem Programm entferne, das der Ministerpräsident von der Nationalversammlung entwickelt hat.

Zu den Schwierigkeiten, die sich aus der Zusammensetzung des Ministeriums ergeben, kommen die sozialen Fragen, die weiterhin bestehen und schnell gelöst werden müssen.

Man sa sich um die Forderung der CGT handelt, die das Lebensminimum anheben, um die Verschuldhaltungen der Beamten, streik wird die Regierung der Schlichtungsmittel und der Überzeugungskraft bedürfen, um die Konflikte zu vermeiden, die den Ruf der Politik riskieren, die so glücklich von der vorhergehenden Regierung einzeleitet wurden ist.

Diese Probleme werden es möglich machen, Ramadier und die Leute, mit denen er sich umgeben hat, zu beurteilen.

Ramadier bildet eine Regierung AUF BREITESTER GRUNDLAGE

AUF die vierte und letzte provisorische Regierung, die von Léon Blum geleitet worden war, folgte die erste endgültige Regierung der IV. Republik, die in Übereinstimmung mit der neuen Verfassung von Paul Ramadier gebildet worden ist.

Die zahlenmäßige Zusammensetzung und die politische Struktur des neuen Ministeriums unterscheidet es zufällig von der vorhergehenden Regierung, in der nur Sozialisten waren. In der Tat umfaßt es die Erwählten von sechs Parteien: Sozialisten (9), Kommunisten (5), MRP (5), Radikalsocialisten (3), UDSR (2), Unabhängige Republikaner (2), und die Zahl der Minister steigt von 18 auf 26 an, darunter der Präsident und die Vizepräsidenten des Ministerrats.

9 Sozialisten, 6 MRP, 4 Kommunisten, 5 Rassemblements des gauches, 2 unabhängige Republikaner

LA COMPOSITION DU GOUVERNEMENT

Ministerpräsident	Paul RAMADIER (S.F.I.O.)
Vizepräsidenten	Maurice THOREZ (Comm.) P.-H. TEYGEN (M.R.P.) Félix GOUIN (S.F.I.O.) Yvon DELBOS (R.O.R.) Marcel ROCLORE (Ind.) Georges BIDAULT (M.R.P.) André MARIE (R.O.R.) André MAROSELLI (R.O.R.) Pierre BOURDAN (R.O.R.) André PHILIP (S.F.I.O.) Jules MOCH (S.F.I.O.)
Staatsminister	Robert LACOSTE (S.F.I.O.) TANGUY-PRIGENT (S.F.I.O.) Edmond HAEGELEM (S.F.I.O.) Edouard DEPREUX (S.F.I.O.) Marius MOUTET (S.F.I.O.) Robert SCHUMAN (M.R.P.) Paul COSTE-FLORET (M.R.P.) Jean LETOURNEAU (M.R.P.) François BILLOUX (Comm.) Ambroise CROIZAT (Comm.) Georges MARRANE (Comm.) Charles TILLOH (Comm.) Louis JACQUINOT (Ind.) François MITTERRAND (R.G.R.)
Auswärtiges	
Justiz	
Luftwaffe	
Kunst und Wissenschaften	
Wirtschaft	
Öffentliche Arbeiten	
Industrie	
Landwirtschaft	
Erziehung	
Innere	
Ueberssee-Frankreich	
Finanzen	
Krieg	
Handel	
Nationalverteidigung	
Arbeit	
Gesundheit	
Wiederaufbau	
Marine	
Anticns combattants	

Les sous-secrétaires d'Etat, dont le nombre n'est pas encore connu, ne seront désignés qu'au cours du prochain conseil des ministres.

Aucune décision n'a encore été prise concernant les services de l'information et il n'en sera sans doute pas prise avant vendredi.

für Wiederaufbau seine Selbständigkeit zurückhalten hat, und daß schließlich das Handelsministerium wieder seinen Platz gefunden hat, wenn gleich auch ein Ministerium für Post und Telegraphen nicht in der Liste erscheint.

Neun Mitglieder der neuen Regierung sahen bereits in der vorhergehenden: Paul Ramadier, Félix Gouin, André Philip, Jules Moch, Robert Lacoste, Tanguy-Prigent, Edmond Haegels, Edouard Debreux und Marius Moutet.

Sechs der Minister haben bisher noch in keiner Regierung gesessen. Diese sind Marcel Roclore (unabhängig), Maroselli (Radikalsocialist), Paul Coste-Floret (MRP), Pierre Bourdan und Mitterrand (UDSR) und Georges Marrand (Kommunist), der einzige Vertreter aus dem Rat der Republik.

Dagegen haben Thorez, P.-H. Teygen, Delbos, André Marie, Bidauld, Robert Schuman, Letourneau, Billoux, Croizat, Tiffon und

Jacquinet bereits in einer Regierung gesessen.

11 Mitglieder des letzten Kabinetts nehmen nicht an der Regierung teil, die am Mittwochabend gebildet worden ist. Es sind dies der Ministerpräsident Léon Blum und Guy Mollet, Augustin Laurent, André Le Troquer, Daniel Mayer, Eugène Thomas, Pierre Segelle, Max Lejeune und Albert Gazier, alle Minister, und die folgenden Unterstaatssekretäre: Lamino-Gueys, F.-O. Lapie, Jean Blondi, Pierre Métyer, Paul Béchar, Raymond Guyon, Jean Minjoz, Jean Meunier, René Schmitt, Gaston Defferre, Georges Gerse und Frau Andrée Vignot.

In der neuen Regierung behalten die folgenden Minister dieselben Ämter, die sie zuvor schon inne hatten: Depreux, André Philip (nur Wirtschaft), Tanguy-Prigent, Jules Moch (nur öffentliche Arbeiten), Robert Lacoste, Edmond Haegels und Marius Moutet.

Londoner Konferenz Die Forderungen Jugoslawiens Polens und Griechenlands

LONDON. — In der Mittwoch-Sitzung nahmen die Stellvertreter der Außenminister Kenntnis von den Forderungen Jugoslawiens an Österreich.

Die bisher friedliche Atmosphäre läuft Gefahr, durch die Forderungen, die der jugoslawische Delegierte, Dr. Vilfan, vorbrachte, getrübt zu werden.

Die Bedingungen, die Jugoslawien an Österreich stellt, sind hart denn Jugoslawien sieht in Österreich mehr einen Verbündeten Deutschlands als ein Opfer des Nazismus.

„Wir können die Rolle, die Österreich an der Seite Deutschlands gespielt hat, nicht vergessen“ erklärte Dr. Vilfan.

„Wir denken da anders als die Vereinigten Staaten, die in Österreich nur ein Opfer sehen, das sie wirtschaftlich und finanziell unterstützen.“

Die Jugoslawen haben nämlich ein gutes Gedächtnis. Sie erinnern sich noch heute an die Untertänigkeit der Slaven unter der Doppelkronen Monarchie und an die Mißhandlungen, die von den im deutschen Heer einreichten Oesterreichern an den jugoslawischen Völkern verübt wurden.

Sie haben auch nicht vergessen, daß 1938 120 000 Slowenen in Kärnten und in der Steiermark österreichisch wurden, infolge einer Volksabstimmung, die sie nicht anerkennen können.

Nach dem Serben waren es diese Slowenen, die zu den Waffen griffen, um in den Reihen Titos ihre Freiheit zu erkämpfen. Sie haben jetzt in dem stellvertretenden Außenminister ein Telegramm geschickt, in dem sie die Entledigung an Jugoslawien verlangen.

Man kann deshalb wohl annehmen, daß die Jugoslawen nicht nur die Unterzeichnung des italienischen Friedensvertrages verweigern werden — was sie übrigens schon getan haben —, sondern auch die des Friedensvertrages mit Oesterreich.

Das politische Memorandum

Polen hat den Sonderbeauftragten der Außenminister zwei Memoranden überreichen lassen, die noch geheimgehalten werden.

In gut informierten Kreisen spricht man jedoch davon, daß die polnische Regierung eine „wirksame Kontrolle“ für notwendig halte, um den österreichischen Vertrag zur Durchführung zu bringen, damit im Interesse des europäischen Friedens Schutzmaßnahmen für seine Anwendung ergriffen würden und um Oesterreichs Unabhängig-

keit und die Interessen der UNO zu garantieren.

Die polnische Regierung schlägt vor, jede Propaganda oder Aktion zu verbieten, die auf einen „Anschluß Oesterreichs an Deutschland abzielt“, und alle nationalsozialistischen Elemente aus Stellungen zu entfernen, in denen sie Einfluß auf das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben Oesterreichs haben.

Griechenland

In einem neuen Memorandum beklagt sich Griechenland über die niedrigen Reparationen, die es erhalten soll. Die griechische Regierung verlangt, daß diese Reparationen wenigstens so hoch berechnet werden wie die für Jugoslawien.

LA TCHECOSLOVAQUIE LUTTE pour sa renaissance économique

LA Tschecoslowakei, l'une des premières victimes du socialisme, qui fut «protégée» pendant plus de sept ans par Hitler, a entrepris, dès sa libération, un courageux effort de redressement. Tous les partis politiques ont été présents dans cette lutte pour la vie. Groupés au sein du «Front National», communistes, socialistes-nationaux, sociaux-démocrates, populistes-chrétiens ont entrepris, d'un commun accord, de profondes réformes destinées à remettre en état les usines, les chantiers de construction, les voies ferrées pillées ou détruites par un envahisseur sans scrupules. Tous ont résolument décidé dans ce but la socialisation des pays.

„L'évolution d'un pays vers la socialisation doit se faire par un long processus de papier et de la parole. Le capital privé ne pouvait évidemment à lui seul permettre le redressement de la situation car ce n'est que par un changement brutal, il ne faut pas vouloir sortir d'un régime déterminé au régime opposé.“

Depuis, les élections de mai 1946 ont donné la majorité au parti communiste. M. Gottwald, leader de ce parti est actuellement à la tête d'un ministère de coalition dont cinq portefeuilles, et non les moindres, ont été confiés à des hommes de même marque politique.

Son gouvernement vient de faire adopter par l'Assemblée nationale un plan biennal de redressement économique d'inspiration nettement communiste: le professeur Malvald, auteur de ce plan, voit dans l'application de son programme une étape vers l'établissement d'un régime de planification totale.

Assez apparaît-il clairement, que les dirigeants de l'heure n'ont rien résolu dans le pays à une socialisation beaucoup plus poussée et plus rapide que ne le prévoyait et le désirait, sans doute, le président Benes.

Le mauvais temps ralentit les opérations en Indochine

SAIGON. — L'état-major général supérieur publie le communiqué suivant sur la situation du 23 janvier à 9 heures:

HANOI: Les troupes vietnamiennes, infirmées dans le quartier sino-annamite, ont multiplié leurs tentatives de sorties. Pendant la nuit et toute la journée de nombreuses attaques ont eu lieu contre la presque totalité de nos postes.

Elles ont toutes échoué au prix de pertes sévères pour l'assailant, qui a été partout repoussé. Une attaque au Pont des Rapides a été également repoussée. Sur la route coloniale No 8, un de nos postes, opérant une sortie en direction du sud, a occupé un village que ses défenseurs ont abandonné au laotien sur le terrain dit cadavres, dont celui d'un Japonais, et de l'armement.

NAM-DINH: A Nam-Dinh, le contact reste étroit. Le mauvais temps ralentit partout l'activité terrestre et aérienne.

Deutsche Inhaltsübersicht

- Seite 1: Die neue französische Regierung
- Seite 2: Ramadier bildet eine Regierung auf breiter Basis
- Seite 3: Die Londoner Konferenz (Schluß Seite 4)
- Seite 4: Frankreichs Presse schreibt
- Seite 5: Das Ausland schreibt
- Seite 6: Ein neues Stalin-Interview: Polen: die endgültigen Wahlergebnisse
- Seite 7: Nachrichten aus dem Ausland
- Seite 8: Maurice Renard: Oracles Hände
- Seite 9: Präsident Herbert Hoover wird Deutschland aus Deutschland
- Seite 10: Wirtschaftsmeldungen: Die Londoner Verhandlungen
- Seite 11: Der Ruf nach Offenheit
- Seite 12: Die deutsche Presse: Die deutsche Presse: Die deutsche Presse

Frankreichs Presse schreibt:

DIE NEUE BEIHRUNG

Herr Ramadier hat seine Regierung gebildet, und die Leitartikel der Pariser Zeitungen sind den Kommentaren zu der Zusammensetzung dieses Kabinetts gewidmet. Jean Renaudie schreibt in „Aube“: „Es ist eine starke Partei ist die Regierung diesmal das Bild einer parlamentarischen Verantwortung. Es ist kein Verzicht der P.M. auf die Führung ihrer Verantwortung abzugeben, die die Majorität für Herrn Ramadier stützt. Um den Einfluß der M.R.P. auf den ein geschicktes Aufheben von Autorität, verstehen zu können, braucht man nur an Probleme wie Indo-China, Moskau, Deutschland zu erinnern.“

ENDLICH SIBOT DIE GERICHTIGKEIT

Merksamer findet sich die Frage in „Humanität“, er ist der Ansicht, daß die Bildung einer Regierung ohne Aufhebung der über die Kommunistische Partei verhängten Beschränkungen nicht möglich ist. „Endlich sagt die Gerechtigkeit, — Die Regierung Ramadier ist gebildet. Endlich ist der in vergangenen Dezember über die Kommunistische Partei, — die erste Partei der Republik — verhängte Beschränkung abgehoben. Die zur letzten Minute ist von gewissen Seiten, allen Grundprinzipien der Gleichheit der Menschen und der Parteien im Tritt und im krassem Widerspruch zu den elementaren Regeln der Demokratie, alles in Bewegung gesetzt worden, um zu verhindern, daß die Vertreter der Arbeiterklasse einer der höchsten Ämter in einem der drei großen Ministerien der Republik übernommen.“

LEN DOPPELTER VORTEIL

Die „Aube“ schreibt sich Maurice Schwann rückhaltlos, wie es scheint, dem System der doppelten Besetzung an, dessen Anhänger die M.R.P. bisher nicht gewesen ist. Er schreibt: „Wir erkennen sehr gerne an, daß die Methode, deren erstes Experimentieren wir uns jetzt gegenseitig ist, einen zweifachen Vorteil bietet: einerseits verleiht sie dem Ministerpräsidenten (der nach dem Gesetz von 1955 überhaupt keine verfassungsmäßige Existenz besitzt) eine persönliche Autorität sowie eine individuelle Verantwortlichkeit, die er dem Wiedererlangen des Staates beitragen können. Andererseits erlaubt sie den Personen und den Parteien, ihre Mitarbeit auszuüben oder zu verweigern, nicht nach irgend einem bloßen ausweichenden Plan, sondern nach dem öffentlichen und internationalen bekannten politischen Programm, was die Tragweite ihrer Verpflichtung bestimmt und deren Wert erhöht.“

LORENSWERTE ANSTRENGUNGEN

„Combat“ begrüßt die neue Regierung als einen Schritt in die liberale Dreiparteiensystem. „Das sozialistische Kabinett hat das Vertrauen, einen anderen Wind heranzulassen zu haben, eine Politik einzuführen zu haben, die die Hoffnungen berechtigt. Die öffentliche Meinung hätte die Fortsetzung des Experiments begrüßt. Doch durch die kommunistische Opposition, welche die M.R.P. überhand nimmt, so hat man sich zu einer Koalition auf breiter Basis — bestehend aus der Vierparteiensystem — gezwungen, und Herr Ramadier hat das Äußerste getan, um die Widersprüche zu vermeiden, welche die Ministerien des Dreiparteiensystems beinhalten.“

ENTWICKELUNG ZUGESTANDNISSE

In „L'Espresso“ wendet sich Jean-Louis Vigier gegen gewisse, von Herrn Costa-Floret gegebene, Erklärungen: „Herr Costa-Floret hat der Kammer erklärt, daß eine Koalitionregierung, also eine Regierung, die aus verschiedenen, vorübergehend getrennten Parteien zusammengesetzt ist, konzipiert sein könnte — das geht über die Begriffswörter hinaus — er hat aber auch erklärt, seine Partei würde eine neue Regierung auch dem Vorbehalt der französischen Widerstandsbewegung. Wir werden feststellen zu müssen, daß es keineswegs geht.“

WO DIE KÜHNHEIT DER EINEN DURCH DIE KLUGE VORSICHT DER ANDEREN GEMÄßIGT WIRD

„Martheval-Duplet“ schreibt in der Zusammenfassung der Regierung seinen Artikel zu Verfassung: „Dieser enthält die Regierung ein demokratisches Kabinett. Er ist der Richtung, die man gewöhnlich marxistisch nennt, doch wird ihr Einfluß reichlich aufgewogen durch einen Abenteurer durchaus herablassend. So wird die Kühnheit der einen durch die Vorsicht der anderen gemäßig werden. Der neue und kluge Mann wird sich nicht durch die ihre Anstrengungen irritieren, wird aber auch diese allgemeinen Überheblichkeit beibringen können.“

REPONSE du roi d'Angleterre à M. Léon Blum

PARIS. — Le roi d'Angleterre a adressé le télégramme suivant à M. Léon Blum: „J'ai été très touché de l'aimable message que Votre Excellence m'a adressé au moment de votre retour à Paris. Je suis heureux de penser que votre visite a matériellement aidé la cause de l'amitié et la bonne entente entre nos deux pays, dont les progrès et le développement sont si importants pour le maintien de la paix et le retour rapide de la prospérité.“

Signé: George, roi.

Les groupes parlementaires et le nouveau gouvernement

LES MINISTRES M.R.P. DEMISSIONNERONT SI M. RAMADIER NE SUIT PAS LE PROGRAMME DE SA DECLARATION

PARIS. — Dans une réunion tenue mercredi après-midi, les membres des groupes parlementaires M.R.P. ont engagé un débat « rétrospectif » sur l'acceptation définitive donnée en fin de matinée à M. Ramadier, par la commission exécutive.

Quelques déçus, dont M. Costa-Floret, ont blâmé la participation de leur mouvement au nouveau gouvernement. Mais dans l'ensemble les Républicains populaires ont approuvé l'initiative prise le matin par la commission exécutive.

LES NOUVEAUX MINISTRES

Pierre Bourdan

M. Pierre Bourdan, dit Pierre Bourdan, ministre de la Jeunesse, des Arts et des Lettres, est né à Perpignan le 13 mai 1906. Journaliste, il collabora à l'agence Havas à Paris en 1930, puis au bureau de presse de la Défense nationale à Londres en 1940. Il fut l'un des premiers à se rallier au général de Gaulle.

Membre du groupe de l'U.D.S.R., dont il préside, d'autre part, le bureau politique, il est également vice-président de l'Intergroupe du rassemblement des gauches, qui était présidé jusqu'à présent par M. Edouard Herriot.

M. Pierre Bourdan est directeur politique de l'hebdomadaire « l'Unité » et il collabore régulièrement au « Figaro » et à la « Dépêche de Paris ».

Louis Jacquinot

M. Louis Jacquinot est né le 18 septembre 1898, à Gondrecourt-le-Château dans la Meuse. Avocat au barreau de Paris, il débuta dans



la politique comme chef de cabinet de M. Maginot, ministre de la Guerre. élu député de la Meuse en 1932, puis réélu en 1936, il fut, en 1930, sous-secrétaire d'Etat à l'Intérieur, en 1944, ministre de la Marine dans le gouvernement provisoire d'Alger, et du 21 novembre 1945 au 30 janvier 1946, ministre d'Etat chargé des affaires d'Alsace du Nord et d'Alsace-Lorraine.

Marcel Roclore

M. Marcel Roclore, ministre de la Marine, est né à Sautieu dans la Côte-d'Or le 25 août 1897, Docteur en médecine, il exerça depuis 1918 dans sa ville natale.

M. Marcel Roclore est actuellement maître de Sautieu et conseiller général de la Côte-d'Or. Il a été élu député de ce département aux deux Assemblées constituantes sur la liste des républicains indépendants.

Yvon Delbos

M. Yvon Delbos, ministre d'Etat, est né en 1885 à Thann (Dordogne), Journaliste, il fut élu député radical-socialiste de Sarlat en 1934. Constatant réélu jusqu'en 1936,



il joua un rôle de premier plan au Parlement. Il fut sous-secrétaire d'Etat à l'Enseignement technique et aux Beaux-Arts, puis ministre de l'Instruction publique dans les deux et deux cabinets Poincaré en 1925. En 1936, M. Albert Sarraut lui confia le portefeuille de la Justice. Il fut ministre des Affaires étrangères dans le cabinet Blum de 1936, dans les deux et deux cabinets Chautemps en 1937 et 1938. En septembre 1939, il fut ministre de l'Éducation nationale dans le 3ème cabinet Daladier et conserva son poste dans le cabinet Paul Reynaud (juin 1940).

Il est actuellement directeur politique de la « Démocratie de Toulouse » et vice-président du groupe radical au Palais-Bourbon.

André Maroselli

M. André Maroselli est né à Bastia, en Corse, le 23 février 1891. En 1935, il fut élu sénateur de la Haute-Saône et représenta son département dans les deux Assemblées constituantes et à l'Assemblée nationale où il est président de la commission de la Délégation nationale. Il est inscrit au groupe radical-socialiste.

François Mitterrand

M. François Mitterrand est né le 26 octobre 1916 à Charnay (Charente). Le 10 novembre 1946, élu député de la Nièvre l'envoyèrent à l'Assemblée nationale. Il exerça la profession d'éditeur.

Georges Marrane

M. Georges Marrane est né le 20 janvier 1888 en Lorraine. Il fut secrétaire adjoint du parti communiste en 1923 et membre du bureau politique, puis en 1924, administrateur délégué de « l'Humanité ». Il est actuellement secrétaire général de l'Association des Maîtres de France et vice-président du Conseil de la République où il représente la Seine.

M. Marrane est le beau-père de M. Nguyen Manh Aha, qui fut ministre du gouvernement du Vietnam.

André Marie

M. André Marie, garde des Sceaux, est avocat à la cour d'appel de Rennes. Il est né le 3 décembre 1897 à Honfleur.

Conseiller d'arrondissement et conseiller municipal d'arrondissement, il est député de ce département, en 1928, dans le groupe radical-socialiste, et constamment réélu depuis. En 1933, il fut sous-secrétaire d'Etat à la présidence du Conseil dans le cabinet Albert Sarraut, puis en 1934, sous-secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères dans le cabinet Daladier.

Paul Costa-Floret

M. Paul Costa-Floret est né le 9 avril 1911 à Montpellier. Professeur à la Faculté de droit d'Alger, il



est député de l'Hérault à l'Assemblée constituante dans le rang de M.R.P. le 21 octobre 1945. Constatant réélu jusqu'à ce jour dans ce même département, il fut l'un des principaux porteurs de la Constitution votée le 26 septembre 1946.

La journée en France...

LES ANCIENNES DEPORTÉES S'ÉLEVENT CONTRE LE PROCÈS DE HAMBURG

PARIS. — Déléguées par leurs mandats déportées, Misses Geneviève de Gaulle, Antoinette Girard et Marie-Claude Vaillant-Couturier ont réuni la presse pour exposer leur point de vue sur le procès des bourreaux de Ravensbrück qui se déroule à Hambourg.

« Ravensbrück », a déclaré Geneviève de Gaulle, a été la prison la plus terrible de la déportation de toutes les femmes d'Europe. 147.000 d'entre elles y sont passées, dont 8.000 françaises. 700 y ont péri et sont mortes d'épuisement et de mauvais traitements, et 8.000 autres ont été envoyées dans des chambres à gaz.

Or un procès aujourd'hui à ce procès paraît avoir été la garde de camp, il ne s'agit pas de la garde de camp, il ne s'agit pas de la garde de camp, il ne s'agit pas de la garde de camp, il ne s'agit pas de la garde de camp.

« Miss Vaillant-Couturier, pour sa part, a protesté contre la procédure britannique et qui ne convient pas à un procès de cette envergure. Pour elle, le problème n'est pas toujours incompréhensible tant que les déportées elles-mêmes ne sont pas interrogées. »

L.-L. VIGIER FAIT OPPOSITION A UN JUGEMENT

TULLE. — M. L.-L. Vigier, directeur de « l'Espresso », avait fait opposition à un jugement du tribunal correctionnel de Tulle le condamnant à 15 jours de prison, à 5.000 francs d'amende et à 50.000 francs de dommages et intérêts à verser à deux personnalités communistes qui l'avaient attaqué en diffamation.

Les juges ont supprimé la peine de prison, mais ils ont maintenu l'amende et les dommages intérêts.

UN ENCAISSEUR DÉVALISE ET TUE PAR SES AGRESSEURS

PARIS. — M. Delvallée, âgé de 40 ans, a été attaqué par deux jeunes gens qui lui ont dérobé sa sacoche contenant près de 100.000 francs. M. Delvallée, payeur de la caisse de compensation, fut aussitôt transporté à son domicile, mais mortellement à la suite et au cours transporté à l'hôpital de Bobigny, M. Delvallée ne tarda pas à succomber.

D'après le témoignage d'une jeune femme qui vit le acte de la scène, les deux meurtriers avaient âgés de 18 à 20 ans.

DES FRANÇAIS RÉSISTANTS REÇOIVENT LA « MEDAILL OF FREEDOM »

MONTRELIARD. — Le général Tain, attaché militaire à l'ambassade des Etats-Unis, remettra à 80 habitants de Doubs, de la Haute-Saône, de la Moselle et de la Haute-Marne, la « Medal of Freedom », pour avoir aidé des aviateurs alliés tombés en territoire occupé.

Cette remise de décoration aura l'occasion d'une grande manifestation d'amitié franco-américaine à laquelle assisteront les personnalités civiles et militaires des deux pays.

LE CONGRES DE LA CONFEDERATION NATIONALE DU COMMERCE ET DE L'ARTISANAT

PARIS. — M. Richard, a été élu président de la confédération nationale du commerce et de l'artisanat à l'issue de la séance de clôture du 14ème congrès national.

Les congressistes ont approuvé la baisse de 5 pour cent et la création de commissions d'assainissement des prix, et demandant que tous les commerçants puissent se mettre sur les rangs pour obtenir des magasins-taninois.

Il est par ailleurs précisé contre la création des coopératives d'entraide, des associations d'administrateurs et des associations de familles et de consommateurs. Ils ont également demandé une réforme urgente pour donner aux petits commerçants et aux artisans, une place en rapport avec leur importance et celle des chambres de commerce.

ACCIDENT DE CHEMIN DE FER A FONTAUBERT

FONTAUBERT. — Le train omnibus effectuant le parcours Dole-Fontaubert est entré en collision au gare de Fresnoy avec trois wagons, qui, à la suite d'une fautive manœuvre, se dirigeaient à sa rencontre sur la voie en déviation.

Les trois wagons, dont deux étaient chargés de 40 tonnes de matériaux, s'écrasèrent contre la locomotive qui se trouvait à 30 mètres plus loin. On dégagea de la locomotive et du premier wagon, quatre blessés graves : le chef de train, le mécanicien, le chauffeur et un cheministe des dépôts de Dijon et de Dole.

LE POISSON AU SECOURS DU BIFTECK

LYON. — Huit mille tonnes de conserves de poissons vont être distribuées aux commerçants des centres les plus déshérités, pour compenser la pénurie de viande.

Des mesures exceptionnelles ont été prises pour que les arrivages se succèdent rapidement.

LE PROCES DE L'HEBDOMADAIRE «PRESENT»

LYON. — Le tribunal de Lyon a rendu son jugement dans une des dernières affaires de presse de la région. Celle de l'hebdomadaire « Present ».

Ce journal assaillit sans cesse les titulaires de Virchy en des Allemands, et fut incriminé de complicité délictuelle.

Après un réquisitoire modéré, la cour a ordonné la dissolution de la « Société de publications nationales » qui édite le journal et la confiscation générale de ses biens au profit de l'Etat.

Promulgation d'un accord sur les brevets d'invention allemands

PARIS. — Le « Journal officiel » publie, au titre du ministère des Affaires étrangères, un décret portant promulgation de l'accord signé à Londres le 27 juillet 1946, au sujet du traitement réservé aux brevets d'invention, ayant appartenu à des Allemands.

« N'oubliez pas de vous abonner... »

EDOUARD HERRIOT et Pierre Bourdan AMBASSADEURS DU VIN DE FRANCE

PARIS. — La compagnie des ambassadeurs du vin de France dont le créateur remonte au 18 novembre dernier à 480 hiey deux nouveaux membres : M. Herriot, président de la Chambre et M. Pierre Bourdan, ministre de la Jeunesse, des Arts et des Lettres.

Les ambassadeurs du vin, parmi lesquels figurent M. Duff Cooper, le général De Lattre de Tassigny, MM. Duhamel, Louis Herriot, Pierre Benoit, Maurice Garçon, Dorzières et Fernand Grech notamment, ont d'autre part décidé de parer les « Journées des vins de France » qui se tiendront à Rennes les 6, 7 et 8 juin prochains et au cours desquelles auront lieu le bénédictin des vignes, un congrès oenologique et un grand tour aux vins.

De haute personnalité, seront prochainement invités à faire partie de la compagnie et au premier lieu M. Jefferson Caffery, ambassadeur des Etats-Unis, MM. Aldous Huxley, Charles Morgan et Louis Brondel.

L'embassadeur du vin de France dont l'activité est consacrée à la glorification du produit de nos vignes, mettra entre temps à l'honneur, les crus de l'Alsace et ceux de la Champagne.

EN BREF

■ PARIS. — M. Sanchez Guerra, ministre républicain catholique du gouvernement espagnol de Dr Giral a donné sa démission.

■ PARIS. — Des camions militaires ont été introduits dans les bureaux de la préfecture de la Seine, 51, rue de Rivoli et se sont emparés de deux valises de grande valeur provenant de la manufacture de Sèvres.

■ PARIS. — Le général d'armée Legastibus a remis la croix de la Légion d'honneur et le croix de guerre avec palmes, à l'Air Marshal Sir E. Carr au cours d'une cérémonie tenue dans le bureau du gouverneur de Paris.

■ PARIS. — Dans un communiqué au sujet de la grève de personnel de ministère des anciens combattants et victimes de la guerre, le généralissime général des syndicats chrétiens de l'ouest l'annonce s'élève contre les mesures prises par le ministre, « mesures qui ont dans leur forme et caractère arbitraire contribué à l'effrit de l'état général des institutions ».

■ BOYAN. — Le chauffeur de police « Dupré » du part du Champs a fait sauter deux autres personnes dans le passage de Maccagnan.

Les trois hommes de l'équipage ont disparu.

■ NEW-YORK. — La radio américaine annonce la démission de gouverneur général américain.

■ SANTIAGO DU CHILI. — Les militaires proches du ministère de la Défense nationale ont annoncé, mercredi, que le gouvernement chilien avait fait des démarches auprès du gouvernement britannique, en vue de l'achat de deux croiseurs légers.

■ VARSOVIE. — La Pologne perçoit à titre de réparations de guerre, 17 navires allemands représentant un tonnage global de 87.500 tonnes.

Ces navires seront pris en charge par la marine polonaise le 20 février au plus tard.

...et à l'étranger

Etats-Unis

GRANDES MANŒUVRES DE LA FLOTTE EN FEVRIER ET EN MARS
NEW-YORK. — Les premières grandes manœuvres de la marine américaine depuis la guerre auront lieu en février et en mars prochains, dans l'Atlantique, aux alentours des Antilles et dans le Pacifique, au sud des îles Hawaï. On prévoit que la flotte de l'Atlantique comprendra notamment : 3 porte-avions de 45.000 tonnes, 5 de 27.000 tonnes, 3 cuirassés, 4 croiseurs lourds, et 41 sous-marins.

LES EFFETIFS DE LA MARINE

Le ministre de la marine américaine vient de soumettre à la Chambre des Représentants un état des effectifs de la marine. Celle-ci dispose de 319 unités de guerre et de 1.451 avions de chasse, 491.000 officiers et soldats, servaient dans ses rangs à la date du 31 décembre 1945.

Grande-Bretagne

LA PRODUCTION NAVALE DE L'ANGLETERRE

LONDRES. — Les chantiers de construction navale britanniques ont atteint pendant plus de la moitié des six derniers mois de l'année dernière, le tonnage des navires en cours de construction dans le monde entier. A la fin de décembre dernier, le tonnage des navires en cours de construction dans les chantiers navals anglais s'élevait en effet à près de 2 millions de tonnes. C'est le chiffre le plus élevé depuis 25 ans.

Au cours du dernier trimestre de 1945, le tonnage des navires lancés a atteint 307.000 tonnes alors que le tonnage total des bâtiments construits dans la même période à l'étranger s'élevait que de 194.000 tonnes.

LES NEGOCIATIONS ANGLO-BERMANES

LONDRES. — La Grande-Bretagne avait accepté, selon l'Associated Press, la création d'un État birmannais indépendant dans le cadre du Commonwealth britannique, sous certaines conditions. Le résultat définitif et le détail des conversations qui se déroulent actuellement à Londres entre M. Attlee et les représentants birmans, seront publiés officiellement la semaine prochaine.

OPINION POLONAISE SUR LE CHARBON de la Ruhr et la France

VARSOVIE. — « Les pays dévotés devraient bénéficier d'allocations plus importantes de charbon de la Ruhr, et parmi les pays dévotés, je place au premier rang la France », a déclaré mercredi, devant la presse étrangère, M. Modzelewski, vice-président des Affaires étrangères de Pologne.

« La Pologne soutient la position française en ce qui concerne la Sarre, a-t-il ajouté, étant entendu qu'un complet rétrogradé des dirigeants français soutiendront totalement la Pologne en ce qui concerne ses frontières occidentales. »

PROCLAMER LA REPUBLIQUE TELLE EST LA RESOLUTION DE LA CONSTITUANTE INDIENNE

NEW-DELHI. — L'Assemblée constituante indienne a adopté à l'unanimité la résolution du pandit Nehru affirmant sa décision de proclamer la République indépendante et souveraine de l'Inde. Le fait que la motion ait obtenu l'unanimité constitue un succès pour le gouvernement provisoire, car il indique que la gauche du parti du Congrès se réconcilie avec la politique du pandit Nehru.

"La question des Hindous d'Afrique du Sud ne sera pas portée devant l'O.N.U." déclare le Maréchal Smuts

LE CAP. — Le maréchal Smuts, premier ministre d'Afrique du Sud, a déclaré que son gouvernement ne songeait pas à présenter à l'O.N.U. le projet d'accord de paix pour l'Afrique du sud-ouest concernant les Hindous de ce pays, comme cet argument le lui avait demandé.

« Il n'existe pas de traité entre l'Inde et l'Afrique du Sud, a-t-il ajouté, au sujet du traitement des Hindous ; il s'agit là d'une question purement intérieure. »

De plus, l'O.N.U. selon le maréchal Smuts, a jugé trop légèrement la situation relative aux Hindous en Afrique du Sud et l'a condamné sans fondement.

73 ANGLAIS ASSASSINES EN PALESTINE, EN 1946

LONDRES. — M. Gresh Jones, ministre des Colonies, répondant à une question à la Chambre des Communes, a déclaré que le nombre des sujets britanniques assassinés en Palestine durant l'année 1946, était de 73.

Il a précisé qu'aucune des personnes arrêtées à la suite de ces attentats, n'avait pu être formellement accusée d'être l'auteur de ces crimes. Il a insisté également sur le manque d'esprit de coopération dont faisait preuve la communauté juive de Palestine.

Syrie

M. DJAMIL MARDAM BEY DEMANDE AUX ARABES DE N'ACCEPTER AUCUN PARTAGE DE LA PALESTINE

DAMAS. — Djamil Mardam Bey, président du conseil, a annoncé que la question palestinienne serait portée devant les Nations Unies au cas d'un échec de la conférence de Londres. Il a ajouté que les négociateurs arabes avaient reçu l'instruction de n'accepter aucune solution tendant à partager la Palestine, de demander l'arrêt définitif de l'immigration juive, et de n'accepter en aucune façon l'établissement d'un État juif.

RESULTATS DEFINITIFS DES ELECTIONS

VARSOVIE. — Les résultats officiels des élections législatives pour l'ensemble de la Pologne sont les suivants : Bloc démocratique vers un remaniement ministériel : 2.005.482 voix soit 80% (383 mandats).

P.S.L. de Mikolajczyk : 1.154.874, soit 10,3% (27 mandats).

Parti du travail : 5.300.970 (17 mandats).

Nowy Wyzwolenie : 207.784 (18 mandats).

Catholiques indépendants : 3 mandats.

Autres groupements : 137.611.

La nouvelle Diète polonaise (S.E.Y.M.) se réunira en février et procédera au cours de sa première séance à l'élection du président de la République et de son propre président de la Diète.

Le porte-parole du gouvernement, le général Gress, s'est à nouveau félicité du triomphe du Bloc démocratique pendant une conférence de presse au ministère des Affaires étrangères. Il a affirmé que le peuple tout entier avait participé aux élections et montré ainsi l'intérêt qu'il prenait à la vie politique du pays.

UN PLAN DE LA « HAGANAH » CONTRE LE TERRORISME

JERUSALEM. — Les dirigeants de la « Haganah » proposent « pour mettre fin au terrorisme sans effusion de sang », la mise en application d'un plan d'action élaboré à la suite de la position prise par le conseil national juif contre le terrorisme. Les mesures envisagées tendent plutôt à éliminer qu'à combattre et à simplifier aucune coopération avec les autorités britanniques.

Nouvelle tension gréco-yougoslave

ATHENES. — Nous annonçons, hier, que le gouvernement grec avait reçu une communication de Belgrade lui faisant part du rappel de l'attaché militaire yougoslave à Athènes. Dans cette note, les Yougoslaves demandent en même temps que la Grèce rappelle son attaché militaire à Belgrade.

Le ministre des Affaires étrangères grec communique à la presse l'invocation par la Yougoslavie est que la présence d'un attaché militaire n'est pas considérée comme nécessaire dans l'état actuel des rapports diplomatiques entre les deux pays.

Rappelons que depuis le mois de septembre 1945 la Yougoslavie n'est représentée en Grèce que par un chargé d'affaires, son ambassadeur ayant été rappelé à cette date.

M. Tsaldaris s'est refusé à tout commentaire sur la nouvelle mesure de gouvernement yougoslave, se réservant la possibilité de faire ultérieurement une déclaration officielle.

Selon certaines informations la Grèce aurait fait savoir dernièrement au gouvernement de Belgrade que l'activité de l'attaché yougoslave, lieutenant-colonel Vojislav Sovranic, à Athènes, n'avait point son approbation. Ce qui expliquerait l'absence de la Yougoslavie.

FRAPPE D'EXCLUSIVE PAR TOUS LES CHEFS DE PARTIS

M. TSALDARIS DEMISSIONNE

ATHENES. — Après la démission de six de ses ministres, M. Tsaldaris ne pouvait espérer se maintenir plus longtemps à la tête du gouvernement. Mercredi, dix minutes après la réunion des leaders des partis politiques chez le roi, le premier ministre était introduit à son tour au palais royal où il apprenait la résolution des chefs politiques grecs de participer à un gouvernement de coalition présidé par toute autre personne

que M. Tsaldaris. Devant une exclusive aussi catégorique, le premier ministre grec a remis au roi sa démission sans attendre le vote du Parlement.

Un accord de principe est intervenu entre les principaux chefs de partis réunis en conférence sur l'initiative de M. Tsaldaris. Cet accord prévoit la composition d'un gouvernement d'union. Le président sortant sera chargé de soumettre au roi la liste des personnalités désignées. Le roi désignera lui-même le futur chef du gouvernement.

Chargé de mission par Truman

Le président Hoover se rendra en Allemagne

WASHINGTON. — L'ancien président Herbert Hoover a été chargé par le président Truman de dresser un rapport sur la situation économique et la production industrielle dans les zones d'occupation américaine en Allemagne et en Autriche.

M. Hoover quittera Washington la semaine prochaine à destination de l'Allemagne.

A l'issue de son entretien avec le président Truman, l'ancien président a déclaré :

« Les contribuables américains paient trois cent millions de dollars par an pour faire face aux besoins alimentaires dans les zones américaines d'occupation en Europe. J'espère trouver les moyens de diminuer ces charges. »

M. Hoover a souligné que sa mission n'avait aucun caractère politique.

D'autre part, les chefs de l'opposition ont soumis au roi un plan destiné à réduire l'ampleur de la guerre civile en Grèce. Ils ont notamment proposé que le gouvernement, sans renoncer aux principes de la lutte contre les rebelles, mette des bornes à ses mesures de répression. Ils ont également réclamé l'égalité des droits pour tous les citoyens, indépendamment des opinions politiques, l'amnistie pour les rebelles se rendant sans armes gouvernementales, la révision immédiate des dossiers de prisonniers politiques et la libération de toutes les femmes déportées.

M. WALLACE critique la politique DES REPUBLICAINS

NEW-YORK. — M. Wallace, ancien sous-secrétaire d'Etat au commerce, consacre un article de tête dans son hebdomadaire, *United New Republic* à la critique de la politique du parti républicain au cours de ces dernières années. Il attaque les « réactionnaires » étant donné leurs tendances, seront cause presque sûrement d'une crise, puis d'une nouvelle guerre.

En effet, quel est leur programme ? C'est, écrit M. Wallace, la diminution des impôts, et le relèvement des tarifs douaniers ; ce qui équivaut à transporter les difficultés domestiques à l'étranger, spécialement lorsqu'une telle mesure est adoptée par une nation créditrice comme les Etats-Unis.

« Ainsi, conclut M. Wallace, les libéraux américains doivent-ils, plus que jamais, collaborer avec une France, une Grande-Bretagne, une Chine libérées pour une entente internationale étroite, l'exemple sans restriction de l'énergie atomique dans des buts pacifiques, et le désarmement maximum. »

M. DE GASPERI FORMERA LE NOUVEAU CABINET ITALIEN

ROME. — La crise ministérielle italienne évolue dans le sens que l'on avait prévu. M. de Nicola a terminé, mercredi, ses consultations et a chargé M. de Gasperi de former le nouveau gouvernement.

Le leader du parti démocrate chrétien a gagné une première manche. Le vote d'un nouveau cabinet, même de choisir ses collaborateurs. Gasperi a-t-il la seconde en parvenant à former un cabinet qui présente les qualités de solidité et de cohésion requises par la situation actuelle ? A priori, ce n'est pas impossible. Les partis italiens se rendent compte qu'un prolongement de la crise peut être fatale au pays et ils semblent disposés à ne pas se montrer trop exigeants.

Le problème délicat est celui de la participation des communistes. M. de Gasperi ne songe pas à les exclure du futur gouvernement. Les communistes seraient trop dangereux dans l'opposition et

LA TCHECOSLOVAQUIE LUTTE pour sa renaissance économique

SUITE DE LA PREMIERE PAGE

Si d'un côté, les hommes d'Etat de Prague semblent décidés à ne pas vivre dans une dépendance politique totale, à l'égard de leurs puissances voisines et alliées, d'un autre côté, il y a la tradition de la République de Masaryk, cherchant à faire le lien, à maintenir l'équilibre entre l'Est et l'Ouest. Le encouragement de l'autre l'établissement de liens plus étroits de coopération avec les puissances voisines.

C'est pourquoi le plan biennal d'est hérité à l'Assemblée et l'opposition des éléments du parti démocrate tchèque : ses derniers y voient, en effet, une limitation profonde et dangereuse dans la vie des entreprises.

Le plan biennal prévoit, pour la période s'étendant du 1er janvier 1949 au 31 décembre 1949, les chiffres qui devront être atteints dans chaque branche de la production. Il réglemente, en outre, les banques, les assurances, les finances et jusqu'à l'enseignement et la police. Sans entrer dans le détail de chiffres qui s'avèrent un réel intérêt que le jour où ils seront effectivement obtenus, on peut noter les données essentielles du plan : la production de la houille devra dépasser de 17 % la production actuelle, celle de la fonte de 21 %, celle de l'acier de 20 %, de l'ensemble synthétique de 20 %, 1.000 tractions (au lieu de 600 en 1937) et 750 locomotives devront être construites en 1949.

Le plan prévoit, en outre, l'électrification et l'industrialisation de la Slovaquie, mesure essentiellement agricole, ainsi que le développement des valeurs locales, relevant notamment l'Etat et le Sud-Est.

Ainsi, le rendement économique sera non seulement égal à celui d'avant guerre, mais lui sera supérieur de 10 %, selon les promoteurs du plan.

Comme tout programme constructif, le plan biennal va se heurter à certaines difficultés : en premier lieu, il entraînera une dépense supplémentaire de 50 milliards de couronnes. Son application sera conditionnée également par quelque apport de crédit étranger ; certains se

disent cependant tout en effet délaissant l'industrie nationale à la fabrication de l'acier par exemple.

Comme tout plan constructif, aussi, il sera critiqué ; nous avons déjà fait allusion à l'attitude fort réservée des Slovaques à son égard.

Cependant, comme l'a dit M. Dostina, représentant du ministère de l'Information, « les communistes sont parvenus au pouvoir, en Tchécoslovaquie, parce qu'ils ont voulu aux élections non un règlement mais avec les résultats d'un travail effectif et honnête ».

C'est là leur dette, et c'est pourquoi on peut et on doit espérer fermement sur la réussite de la tâche qu'ils se sont fixée : la renaissance économique de la Tchécoslovaquie nouvelle.

Flacé au centre de l'Europe, dotée d'une prestigieuse capitale évoquant un grand passé historique, son destin industriel se profile chez les nations occidentales, comme les pays de l'est, son idéal peut et doit contribuer à la paix du monde. R.N.

AUX ETATS-UNIS

UNE COMMISSION ETUDIE "les activités antigouvernementales"

Constituée après les dernières élections législatives, qui amèneront la majorité républicaine au pouvoir, la commission chargée d'étudier « les activités antigouvernementales » a commencé ses travaux.

D'après son président, M. Parnell Thomas, elle s'apprête à éliminer « les éléments subversifs » du gouvernement et des syndicats ouvriers : « Cette élimination s'opérera, a-t-il dit, qu'il s'agisse des communistes, des membres du Ku-Klux-Klan ou des colporteurs (la société des colporteurs est une société secrète à tendance raciale qui s'est formée récemment dans le sud des Etats-Unis). »

'Das Ausland schreibt :

GROSS-BRITANNIEN

EIN WERBEBUCH DER REGIERUNG

Die britische Regierung hat sich über die Weltbuch veröffentlicht, eine erste Werbung an das britische Volk in Bezug auf die Wirtschaftskrisis, die in England seit dem Ende der Feindhandlungen stetig zugenommen hat.

„New Chronicle“ lobt sich wie folgt zu dem Ansehen der Regierung:

„Zu Beginn und zu Ende des Weltkrieges wird der Einzelne den Lage unterworfen. Das heute und einige Heilmittel wie eine Erhöhung der Produktion.“

Diese beiden Bemerkungen sind von dem Sprecher der Regierung im Lauf der vergangenen Monate schon oft gemacht worden. In aber keine Kommentare dazu gegeben wurden, blieben sie von einem großen Prozentsatz der Hörer unverständlich.

Demnach werden die Gründe ausführlich und für alle verständlich ausgearbeitet. Der Mangel an Arbeitskräften wird als eine Gefahr hingestellt, die noch lange bestehen wird. Man erklärt die Notwendigkeit einer Export-Kampagne und unterstreicht, daß wir jedes Monat immer noch 7 Millionen Pfund mehr ausgeben als wir einbringen. Es wird darauf hingewiesen, daß die amerikanischen Arbeiter viel rascher beschäftigt wird als man gemeint hatte.

Neben unsern eigenen Elektroten wird eine Aufzählung der ungeheuren Bedürfnisse für soziale Zwecke und für den Wiederaufbau gezeigt, und schließlich werden die Gehälter und ihr Einfluß auf den Preis der Industrieprodukte sorgfältig untersucht. Es wird ausgemerkelt, daß nur mit Hilfe von Regierungsgeldern die Preise bei Metzgerei und Kolonialwarenhandlungen gehalten werden konnten.

Dieses Buch war notwendig, damit ein jeder sich darüber klar wird, daß er eine wirtschaftliche Anstrengung machen muß um unser Land die Schlacht gewinnen zu lassen.“

Aber das Weltbuch geht nicht. Alle Mittel der Propaganda müssen benutzt werden, und jeder Arbeiter muß sein Möglichstes tun, damit dieser Anruf im Volk verstanden wird. Das ist die Meinung der „Times“, die fortführt:

„Es wäre angebracht mit Genauigkeit zu erklären, was man unter allgemeinen Mangel an Arbeitskräften verstehen kann. Dies nach der Fassung der Regierungserklärung könnte man annehmen, daß die Schwierigkeiten eher bei der Verteilung dieser Arbeitskräfte erwachen. Wenn man mehr Arbeiter in den Bergwerken gebracht hätte, man nicht solche verwenden, die von anderen Arbeitsplätzen kommen.“

Man kann in der Tat nur von einem allgemeinen Mangel an Arbeitskräften sprechen, wenn man in der Lage ist, die Zahl der Arbeitskräfte zu vermindern. Das ist aber zur Zeit ein Ding der Unmöglichkeit, falls man nicht entweder mehr Frauen verwenden oder die Zahl der Arbeitsstunden erhöhen wird.

Diese Lösungen werden allerdings nicht nur mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, sondern auch mit erheblichen Kosten. Die Industrie, die bedingungslos zu Rate ziehen, aber was im Grund genommen am dringendsten ist, das ist die Erhöhung des Ertrags.

Statt sich bei dem Mangel an Arbeitskräften aufzuhalten, sollte man lieber mit dem größten Nachdruck auf das Feld von geistigen Werkzeugen hinwirken, das die hauptsächlichste Frage bei der Wahl der nächsten Budget sein wird.

Es ist eine wohlbekanntes Tatsache, daß niedrige Maschinenpreise nicht nur von neuen Maschinen, sondern auch von neuen Anlagen abhängen. Billige Preise bedingen, daß die Hand in Hand arbeitenden Fabriken sich sehr betriebsfähig zeigen.

Welches Vorrecht wird man veralteten Fabrikanlagen einräumen? Welches ist der Stützpunktplan für die Erzeugung von Spezialmaschinen? Es ist gewiss nicht notwendig, die Mehrzahl der Industriellen davon zu überzeugen, daß man neue Fabriken, neue Werkstätten bauen muß. Aber es ist notwendig, daß die Mehrzahl dieser Leute, die dazu in der Lage ist, die Sache zu begreifen, daß der Ertragspreis gesenkt wird.“

„Daily Mail“ hat bezüglich Kritik an dem Weltbuch:

„Wenn dieses Dokument ein Zeugniss ist dem wirtschaftlichen Plan Morrison sein soll, dann wird die nationale Wirtschaftskrisis, die man uns für nächsten Monat versprochen hat, zweifellos ein Plakat sein.“

Man spricht nicht von der Stabilisierung der Gehälter und der Arbeitsstunden, während doch selbst die extrem-sozialistischen Führer diese verlangen. Man sagt nichts von den zu erwartenden Maßnahmen, — höhere Gehälter, bessere Arbeitsbedingungen — um gewissen Industrien mehr Anziehungskraft zu verleihen. Man spricht nicht von der Anwerbung freier Arbeiter in entlegenen Gebieten. Es wird überhaupt nicht über die Möglichkeiten auf dem Gebiet der Agglomeration der gesamten Bevölkerung auf dem Gebiet der Industrie, und doch handelt es sich dabei um Fragen, über die man gerne Klarheit möchte.“

Ein neues Stalin-Interview

„Ich glaube nicht, daß die Gefahr eines neuen Krieges besteht“

BAD-NAUHEIM. — Mit Genehmigung der „Cowles Magazine Inc.“ verbreitet die amerikanische Armeezeitung „Stars and Stripes“ ein neues Interview, das Generalissimus Marschall Stalin dem Sohn des verstorbenen amerikanischen Präsidenten Roosevelt, Elliot Roosevelt, am 21. Dezember gewährt hat. Das Interview besteht aus 12 Fragen und Antworten und wurde inzwischen auch vom Moskauer Rundfunk verbreitet.

In diesem Interview gibt Stalin der Meinung Ausdruck, daß eine Demokratie wie die USA und ein Staat mit kommunistischem Regime wie die Sowjetunion friedlich Seite an Seite leben können. Das Schicksal der Vereinigten Nationen hänge von dem Grad der Einigkeit ab, der von den drei Großmächten erreicht wird. Ein Wirtschaftsaustausch zwischen den USA und der UdSSR und auch der Austausch von Studenten, Künstlern, Forschern und Hochschullehrern.

Auf die Frage, ob die beiden Großmächte sich auf eine gemeinsame Fern-Ost-Politik mit dem Vereinigten Staaten zu verständigen, erwiderte der sowjetische Generalissimus, dies scheine ihm sehr nützlich.

„Auf alle Fälle ist die Regierung der Sowjetunion bereit, eine gemeinsame Fern-Ost-Politik mit dem Vereinigten Staaten zu verfolgen.“ Ein System von Anleihen und Krediten zwischen den USA und der UdSSR hält Stalin von Nutzen für beide Teile.

Die letzte Frage galt der Entnazifizierung Deutschlands. Elliot Roosevelt fragte, ob der Mißbrauch der Entnazifizierung in der amerikanischen und britischen Zone die Sowjetregierung ernsthaft beunruhige.

Stalin: „Man kann nicht von einer ernsthaften Beunruhigung sprechen, obwohl es für die Sowjetregierung nicht angenehm ist, daß dieser Punkt unseres gemeinsamen vereinbarten Programms nicht verwirklicht wurde.“

Diese Überlegungen beachtet, muß man, so glaube ich, zum Schluß kommen, daß die Gefahr eines neuen Krieges jeglicher Realität entbehrt.“

In seinen weiteren Antworten befürwortete Stalin einen kulturellen und wissenschaftlichen Austausch auf breiter Basis zwischen den USA und der UdSSR und auch den Austausch von Studenten, Künstlern, Forschern und Hochschullehrern.

Auf die Frage, ob die beiden Großmächte sich auf eine gemeinsame Fern-Ost-Politik mit dem Vereinigten Staaten zu verständigen, erwiderte der sowjetische Generalissimus, dies scheine ihm sehr nützlich.

„Auf alle Fälle ist die Regierung der Sowjetunion bereit, eine gemeinsame Fern-Ost-Politik mit dem Vereinigten Staaten zu verfolgen.“ Ein System von Anleihen und Krediten zwischen den USA und der UdSSR hält Stalin von Nutzen für beide Teile.

Die letzte Frage galt der Entnazifizierung Deutschlands. Elliot Roosevelt fragte, ob der Mißbrauch der Entnazifizierung in der amerikanischen und britischen Zone die Sowjetregierung ernsthaft beunruhige.

Stalin: „Man kann nicht von einer ernsthaften Beunruhigung sprechen, obwohl es für die Sowjetregierung nicht angenehm ist, daß dieser Punkt unseres gemeinsamen vereinbarten Programms nicht verwirklicht wurde.“

Polen I

Die endgültigen Wahlergebnisse

WARSAU. — Die amtlichen Wahlergebnisse liegen jetzt vor. Danach erhielt der „Demokratische Block“ der Regierungsparteien 8 003 662 Stimmen, was 50% und 386 Sitze entspricht.

Die Bauernpartei Mikolajczyk erhielt 1 154 847 Stimmen, das sind 16,3% und 27 Sitze. Die Arbeiterpartei bekam 5 300 979 Stimmen und 17 Sitze, die Dissidenten 397 734 Stimmen und 13 Sitze, die Unabhängigen Katholiken 3 Sitze und andere Gruppen 157 611 Stimmen.

Der neue polnische Sejm wird im Februar zusammentreten und dem Präsidenten der Republik und den Kammerpräsidenten wählen.

General Grot, der Regierungssprecher, begrüßte erneut den Sieg des „Demokratischen Blocks“ und versichert, daß das ganze Volk an den Wahlen teilgenommen habe. Dadurch habe es sein Interesse an politischem Leben des Landes bewiesen.

Eine Regierungsbildung

Die Chefs der im „Demokratischen Block“ zusammengeschlossenen Parteien besprechen die Bildung einer neuen Regierung. Es gilt als wahrscheinlich, daß Mikolajczyk nicht aufgefordert wird, an der neuen Regierung teilzunehmen.

Anzeigen

für die **Novelles de France** und für alle Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblätter der 4 Zonen werden von uns Fachmännern in Originalsprache veranfaßt. Eritik, Graphik, Übersetzung, Gestaltung hochwertiger Werbung.

KUF Annoncenexpedition
20a HANNOVER, Georgstr. 11

Die Ernährungslage in Italien

ROM. — Nach Behauptungen des Regierungskommissars für Ernährung und Lebensmittelversorgung ist die Weizenversorgung Italiens auf einem katastrophalen Tiefstand angelangt.

Er forderte die Regierung auf, beim internationalen Ernährungsausschuss vorzutreten, um die für andere Länder bestimmten Getreidemengen nach Italien umleiten zu lassen. Andernfalls müsse die italienische Bevölkerung noch sehr gekümmert werden.

Der Regierungskommissar für Ernährung und Lebensmittelversorgung teilte mit, daß das alliierte Oberkommando in Italien den Bekohnd bereits 15 000 Tonnen Getreide zugestellt habe, und daß der Vorkauf vor Ende dieses Monats ebenfalls 15 000 Tonnen spenden werde. Er führte weiterhin einen Brief des Chefs der alliierten Kommissare für Italien, Admiral Elser Stone an, in dem dieser ihn aufforderte, ihn als Memorandum über die italienische Versorgungslage zu unterbreiten und ihn versichernd, er werde alles tun, was in seiner Macht liege, um Italien zu helfen.

Die Versorgungslage auf dem Fest- und Seemarkt, sagte der Sprecher abschließend, sei weniger kritisch. Die jetzige Monatsration von 6,2 Liter Getreide im Monat März erhöht werden und auch die Zuckerration von 200 Gramm monatlich etwas herbehalten werde.

Vincent Aurio

Demherr von Le Mans?

Bei der Aufzählung der Privilegien, die der Präsident der französischen Republik genießt, wies der französische Rundfunk im Zusammenhang mit der Wahl des ersten Präsidenten der IV. Republik darauf hin, daß Vincent Aurio, dem ersten Sozialisten auf diesem Posten, auch der Titel eines Demherrn von Le Mans zukomme. Tatsächlich besteht eine alte Tradition, demzufolge dieser Ehrenstitel von den Staatsoberhäuptern Frankreichs geführt wird. Papst Clemens VII. verlieh ihn zum ersten Mal an Karl V. und später an Heinrich IV. und Louis XI. Die Verleihung des Demherrntitels an Louis XI. erfolgte in besonders feierlicher Form.

Louis XIII. empfing die Würde am 8. September 1614 und zwar in Begleitung seiner Mutter.

Seitdem scheint die Sitte in Vergessenheit geraten zu sein, obwohl es ein bekanntes Gemälde gibt, auf dem Präsident Fallières im Ornat eines Demherrn von Le Mans zu sehen ist.

AUSLAND

Frankreich

General de Gaulle lehnt Auszeichnung ab

PARIS. — Wir berichteten gestern, daß die französische Regierung beschlossen hat, die höchste französische Kriegsauszeichnung, die „Médaille Militaire“, an Stalin, Churchill, Tschiangkaidek, Roosevelt und de Gaulle zu verleihen. General Charles de Gaulle hat aus die Annahme dieser Auszeichnung zurückgewiesen.

General de Gaulle erklärte, daß für einen Mann, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, Frankreich und die französische Union aus Unglück und Knechtschaft zu Siegfried und Freiheit zu bringen, sei die einzig annehmbare Belohnung, erfolgreich gewesen zu sein. Außerdem erklärte de Gaulle, daß seine Verdienste im Krieg nicht an die der drei anderen Staatsmänner heranreiche, und schließlich erklärte er, die „Médaille Militaire“ sei Frontsoldaten und militärischen Führern vorbehalten; er selbst sei der Meinung, daß er für Frankreich in erster Linie als Staatsmann und Politiker gewirkt habe.

Jugoslawien

Abberufung der Militärattachés

ATHEN. — Die jugoslawische Regierung hat die griechische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ihren Militärattachés aus Griechenland abberufen wird.

Gleichzeitig hat sie die griechische Regierung aufgefordert, ihren Militärattachés aus Jugoslawien zurückzurufen.

Der von Jugoslawien für diesen Schritt angegebene Grund ist, wie es heißt, „daß es unter den gegenwärtigen diplomatischen Beziehungen der beiden Länder nicht mehr länger für notwendig erachtet werde, Militärattachés in den beiden Hauptstädten zu unterhalten.“

Griechenland

Dimitrios Tsaldaris

ATHEN. — Der griechische Ministerpräsident Tsaldaris hat am Mittwochabend dem König sein Rücktrittsgesuch überreicht. Vorher hatte er Besprechungen mit den Vertretern der führenden Parteien mit Ausnahme des Chefs der Liberalen.

Freilassung der Autständigen gefordert

ATHEN. — Die Leiter der griechischen Oppositionspartei, die von König Georg II. empfangen wurden, forderten größere Milde gegenüber den Guerillakämpfern. Sie verlangten die sofortige Amnestie für alle Autständigen, die sich ergeben, sofortige Aufhebung aller Deportationsurteile und Freilassung aller deportierten Franzosen.

Palästina

Liga für ein freies Palästina

SHANNON. — Der Vizepräsident der amerikanischen Liga für ein freies Palästina, Professor Spartenko, erklärte, daß die Liga einen anderen Vertreter nach Großbritannien entsenden werde, um gegen die Behandlung der palästinensischen Frage zu protestieren.

Indien

Um die Unabhängigkeit Indiens Pandit Nehru: Entscheidung einstimmig angenommen

NEW DELHI. — Die indische Verfassungsgebende Versammlung nahm die Resolution Pandit Nehrus einstimmig an, wonach dieser seine Ziele niedergelegt und den Entschluß der Versammlung erklärte, Indien als eine unabhängige souveräne Republik zu proklamieren.

In einer Ansprache erklärte Pandit Nehru: „Wir stehen an der Schwelle der Freiheit. Wir wünschen nicht, gegenüber irgendeinem Land eine feindselige Haltung einzunehmen. Ferner wollen wir mit dem britischen Volk und der britischen Völkergemeinschaft freundschaftliche Beziehungen aufrecht erhalten.“

Nach Schluß seiner Ausführungen gab Pandit Nehru der Hoffnung Ausdruck, daß die Verlesung, im Rahmen seiner einbezogenen Resolution, bald zur „wirklichen Freiheit, nach der Indien sich sehnt“, führen möge.

Norwegen

Oskar Hans zum Tode verurteilt

OSLO. — Oskar Hans, der frühere Oberbefehlshaber der Gestapo in Norwegen, wurde von einem Osloer Gericht zum Tode verurteilt.

Polen

Polen erhält deutsche Schiffe

BERLIN. — Die Pressenotlage der polnischen Militärmission gibt bekannt, daß Polen 17 deutsche Schiffe mit insgesamt 67 000 Tonnen, die durch die polnische Marine bis spätestens am 26. Februar übernommen werden sollen, als Reparationslieferungen erhält.

Polen

Abberufung der Militärattachés

ATHEN. — Die jugoslawische Regierung hat die griechische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ihren Militärattachés aus Griechenland abberufen wird.

Gleichzeitig hat sie die griechische Regierung aufgefordert, ihren Militärattachés aus Jugoslawien zurückzurufen.

Der von Jugoslawien für diesen Schritt angegebene Grund ist, wie es heißt, „daß es unter den gegenwärtigen diplomatischen Beziehungen der beiden Länder nicht mehr länger für notwendig erachtet werde, Militärattachés in den beiden Hauptstädten zu unterhalten.“

Griechenland

Dimitrios Tsaldaris

ATHEN. — Der griechische Ministerpräsident Tsaldaris hat am Mittwochabend dem König sein Rücktrittsgesuch überreicht. Vorher hatte er Besprechungen mit den Vertretern der führenden Parteien mit Ausnahme des Chefs der Liberalen.

Freilassung der Autständigen gefordert

ATHEN. — Die Leiter der griechischen Oppositionspartei, die von König Georg II. empfangen wurden, forderten größere Milde gegenüber den Guerillakämpfern. Sie verlangten die sofortige Amnestie für alle Autständigen, die sich ergeben, sofortige Aufhebung aller Deportationsurteile und Freilassung aller deportierten Franzosen.

Palästina

Liga für ein freies Palästina

SHANNON. — Der Vizepräsident der amerikanischen Liga für ein freies Palästina, Professor Spartenko, erklärte, daß die Liga einen anderen Vertreter nach Großbritannien entsenden werde, um gegen die Behandlung der palästinensischen Frage zu protestieren.

Indien

Um die Unabhängigkeit Indiens Pandit Nehru: Entscheidung einstimmig angenommen

NEW DELHI. — Die indische Verfassungsgebende Versammlung nahm die Resolution Pandit Nehrus einstimmig an, wonach dieser seine Ziele niedergelegt und den Entschluß der Versammlung erklärte, Indien als eine unabhängige souveräne Republik zu proklamieren.

In einer Ansprache erklärte Pandit Nehru: „Wir stehen an der Schwelle der Freiheit. Wir wünschen nicht, gegenüber irgendeinem Land eine feindselige Haltung einzunehmen. Ferner wollen wir mit dem britischen Volk und der britischen Völkergemeinschaft freundschaftliche Beziehungen aufrecht erhalten.“

Nach Schluß seiner Ausführungen gab Pandit Nehru der Hoffnung Ausdruck, daß die Verlesung, im Rahmen seiner einbezogenen Resolution, bald zur „wirklichen Freiheit, nach der Indien sich sehnt“, führen möge.

Norwegen

Oskar Hans zum Tode verurteilt

OSLO. — Oskar Hans, der frühere Oberbefehlshaber der Gestapo in Norwegen, wurde von einem Osloer Gericht zum Tode verurteilt.

Französisch-Indochina

Die militärische Lage

Hanoi. — In einem Bericht des französischen Oberkommandos in Indochina heißt es: „Sämtliche Operationen der französischen Streitkräfte westlich von Haiphong und am Großen See wurden mit Erfolg fortgesetzt. Trotz heftigen Widerstandes von Seiten der Vietnamesen konnte das Kloster „Cout-Des-Oiseaux“ erobert werden.“

Die Vietnamesen ziehen sich überaus und geschlagen zurück. Die französischen Streitkräfte verdanken diese Erfolge der sorgfältigen Vorbereitung der Operationen und dem Kampfwillen der Truppen.“

China

Der Parazentritt

NANKING. — Der chinesische Verteidigungsminister General Pai Chung Hsi gab im offiziellen Organ der Kuomintang der Meinung Ausdruck, daß der französisch-chinesische Streit über die Parazentritt in ein gütliches Wege gelöst werden könne. Außenminister Wang habe bereits entsprechende Vorbesprechungen mit dem französischen Botschafter in Nanking aufgenommen.

Australien

Keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in Australien

MELBOURNE. — Mittwoch verließen die letzten Kriegsgefangenen deutscher Staatsangehörigkeit den Hafen von Melbourne. Sie werden mit dem Passagierdampfer „Oronotus“ mit der letzten Gruppe österreichischer und italienischer Kriegsgefangener in ihre Heimat abtransportiert.

Vereinigte Staaten

Die französischen Vorschläge zur Frage der deutschen Kriegsgefangenen

WASHINGTON. — Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte, daß die französischen Vorschläge zu dem U.S.A.-Plan, rund 620 000 deutsche Kriegsgefangene, die sich in Frankreich befinden, freizulassen, augenblicklich in Washington überprüft werden. Es handelt sich um die deutschen Kriegsgefangenen, die von amerikanischen Streitkräften an Frankreich übergeben worden waren. Einzelheiten über die französischen Vorschläge gab der Sprecher nicht bekannt. Er betonte jedoch, daß die französischen Vorschläge keine Ablehnung des amerikanischen Plans darstellen, demzufolge alle deutschen Kriegsgefangenen bis September 1947 heimgeschafft werden sollen.

„Nouvelles de France“ Nummer 17

INHALT

DER VORHERGEHENDEN KAPITEL
Rosine Orlac begibt sich in Begleitung eines Freundes ihrer Familie in die Klinik, wo ihr Mann, der große Pianist Stephen, der bei einem Eisenbahnunfall schwer verletzt worden war, operiert werden muß. Vom Anfang der Operation hängt sein Leben ab.

V. CHIRURGIE

(Fortsetzung)

Frau Orlac schlief bis zum Abend. Auch da erst mußte sie eine Krankenschwester aufsuchen. Diese brachte ihr verschiedene Sachen, die man bei ihrem Mann gefunden hatte.

- Auf einem Zettel stand die Liste:
 - 1 Taachenluch mit den Initialen S. O.
 - 1 Brieftaache aus Judistenieder.
 - 1 Krawattenknopf, Koralle.
 - 1 Ehering.
 - 1 flacher Ritterschild.
 - 1 goldene Uhr mit Kette.
 - 1 Börse aus Goldmaschen.
 - 1 Federmesser.
 - 1 Paar goldene Manschettenknöpfe.

Rosine untersuchte den Zettel und blieb nachdenklich zurück. Diese Gegenstände brachten ihr kein Gewalt das Bild

ORLACS HÄNDE

VON MAURICE RENARD

Stephens in die Erinnerung. Er trennte sich nie von ihnen. Besonders die Ringe bildeten zusammen einen Teil von ihm selber. Sie waren etwas von seiner Persönlichkeit, etwas von seinen Händen... und der Ehering! Ach, der Ehering! Dieser kleine goldene Reif! Dieses kleine Glied der unsichtbaren (und dehnbaren) Kette, die durch den Ring die Hand Stephens der Hand Rosines verband! Mein Gott! Jetzt schien es, als sei die Kette an einer Seite losgelöst...

Und da lagen die Ringe auf einem Tablett, auf eine lange Zeit der Wärme des Fleisches beraubt. Ja, so, als ob ihr Besitzer sie nie mehr ansteckte und als ob man sie von den Fingerringen abgezogen hätte, die der Tod erkaltet gemacht. Und morgen... morgen! Wer weiß?

Ach, verfluchte Katastrophe! Plötzlich erinnerte sich Rosine an den Traum, den sie geträumt hatte. Ihrem Schlämmer hatte jeder Frieden gefehlt. Aber sie hatte im Traum weder ihre verlebten Ängste noch ihre gattlichen Ur-ruhen, weder die körperlichen Ermüdungen, noch ihre Nachforschungen zwischen den zertrümmerten Wägen wieder erlebt, sondern die phantasmagrischen Augenblicke, in denen Spektrotheater vor ihr aufstanden war.

Was auch dran war, so mußte das Uebernatürliche über ihre Seele einen außer-gewöhnlichen Einfluß ausüben, daß ein scheinbares Wunder sich ihrer auf Kosten von viel gesamtlicheren Bewegungen bemächtigen konnte! Was für eine Kinderei! Aber als jemand an der Tür kratzte, schrak Rosine ohne Grund auf.

„Bitte“, sagte sie; dann folgte sie hinzu, die Kehle von einer seltsamen Furcht eingengt: „Wer ist da?“

„Aber mein Freund, weshalb bleiben Sie unsrer der Zochtrats dieses Mannes, wo sich Ihre Bilder jetzt doch so gut verkaufen?“

Herr von Crochans schüttelte seinen Kopf. „Und was könnte ich mit dem Geilde für meine Bilder kaufen, was mir so viel Freude verursachen würde, wie meine Bilder? Die Freiheit? Was täte ich damit? Kurzum, Sie müssen wissen, ich habe immer Sympathie für Ihre Rechenmaschine von Schwiegervater und ich bilde mir ein, daß ohne mich die Mediums und das Ehepaar Crépin es leicht hätten, ihn ins Stroh zu werfen, ihn — und per Freiladung sie mit.“

Zu anderem! Ich habe unten nachgefragt. Es scheint, es geht Stephen ziemlich gut. — Und Sie? Wie geht's... Hörtchen Sie zu, ich schlafe im Zimmer nebenaan. Wenn die Einsamkeit Sie drückt, nicht wahr, so rufen Sie mich!“

„Und nun, was bieten Sie mir an?“ Kurs darauf, unter dem Einfluß eines Schlafmittels, das Herr von Crochans heimlich in ihre Orangensaft gegeben hatte, schlief Rosine in ihren Kleidern ein. Der alte Edelmann nahm sie auf seine väterlichen Arme, trug sie zum Bett und nummelte sie in Decken ein. Er selber war darüber, daß er widerwillig seine Rolle als Hans Narr gespielt hatte, die in doch seine gewöhnliche Art war, von Müdigkeit erschöpft. Schließlich zog er sich auf den Fußspitzen zurück, indem er den Lärm seines Schuhwerks unterdrückte und das, was er ihr „Gliederreißen“ nannte, behauerte.

(Fortsetzung folgt)

DEUTSCHLAND

Präsident Herbert Hoover wird Deutschland besuchen

WASHINGTON. — Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, hat den Auftrag...

Hoover erklärte, daß er auch Österreich zu besuchen Mission besuchen werde. Er wird seine Reise voraussichtlich Ende dieses Monats antreten.

Die Kosten des Nationalsozialismus

NEW-YORK. — Der Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erlaubt, die Kosten des Nationalsozialismus zu berechnen.

Für die Kriegführung hat Deutschland ungefähr 500 Milliarden Goldmark ausgegeben. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet bedeutet dies 7000 Goldmark.

Die Kriegsschäden, die nach dem Reichsstrafgesetzbuch vom Staat zu ersetzen wären, sind in dieser Zahl nicht enthalten.

Französische Zone

Erichtung eines Jugenddorfes am Bodensee

KONSTANZ. — Ein deutsch-schweizerisches Konsortium unter Leitung des Grafen Keyserling plant die Erichtung eines Jugenddorfes in dem ehemaligen Arbeitsdienstlager Wahlweil am Bodensee.

Ab März dieses Jahres werden 200 durch den Krieg eiterns gewordene Kinder mit ihren Waisenmüttern dort Aufnahme finden.

Ermennungen in Rheinland-Pfalz

KOBLENZ. — Mit Zustimmung der französischen Militärregierung wurden Dr. Eick (CDU) und Dr. Becker (CDU) zu neuen Ministerialdirektoren in der Regierung Rheinland-Pfalz ernannt.

Seine Reise vielleicht auch nach Italien ausdehnen. Der ehemalige amerikanische Präsident hob dann die langfristigen Aspekte seiner Reise hervor.

Amerikanische Zone

Bremen wird selbständiger Staat

BREMEN. — Die amerikanische Regierung für Deutschland gab bekannt, daß auf Grund eines Übereinkommens zwischen der britischen und amerikanischen Militärregierung Stadt und Land Bremen und der Stadtkreis Wesermünde einschließlich Bremerhafen...

Das neue Land Bremen ist nicht mit der Bremer Enklave zu verwechseln. Die amerikanische Militärregierung gab bekannt, daß die Bremer Enklave weiterhin für militärische Zwecke bestehen bleibt.

Britische Zone

Prüfung Gut Robert Leys als Erziehungsstätte

HAMBURG. — Das Gut des Leiters der ehemaligen Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, in Gummersbach im Rheinland, soll wie von amtlicher britischer Seite mitgeteilt wird, zu einer Erziehungsstätte für junge Deutsche aller Konfessionen ausgebaut werden.

Evakuierte Kinder aus der sowjetischen Zone zurück

HAMBURG. — 500 Kinder, die während des Krieges nach Ostdeutschland evakuiert wurden, sind in Hamburg, aus der sowjetischen Zone kommend, einetroffen.

Die schwedischen Interessen in Deutschland

HAMBURG. — Auf Basis des Washington-Abkommens hat eine Delegation der schwedischen Regierung und Vertreter der schwedischen Industrieunternehmen die Interessen in Deutschland besichtigt.

Von ihrer Inspektionsreise nach Schweden zurückgekehrt, geben sie bekannt, daß nur in einer sehr geringen Anzahl von Fällen schwedischer Besitz in den englischen und amerikanischen Besatzungsländern von den alliierten Besatzungsbehörden beschlagnahmt worden ist.

Während die Besatzungsbehörden bisher nur den britischen Verkehr auf dem Wege über die zuständigen Gesundheitsämter in Stockholm gestattet hatten, ist die Geschäftskorrespondenz zwischen schwedischen Firmen und Personen in der amerikanischen Zone wieder direkt zugelassen.

Die Mindener Verhandlungen Das neue Warenaustausch-Programm

MINDEN. — Am Mittwoch fanden in Minden zwischen deutschen Vertretern der verstaatlichten britisch-amerikanischen Zone einerseits und der französischen Zone andererseits weitere Verhandlungen statt.

1. Die Durchführung des seit 1. Januar im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet geltenden, verstaatlichten Antragsverfahrens für Warenaustausch auch durch die französische Zone.

2. Die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die Abwicklung der verstaatlichten und nach später zu vereinbarenden Warenaustauschleistungen.

3. Durchführung der vor dem 3. Mai 1945 nachweislich in die betreffenden Besatzungsgebiete verlegten Güter, die aus anderen Zonen stammen.

Am Stelle der bisher nur unter großen Schwierigkeiten zu erlangenden Reisepässe sollen die von den einzelnen Besatzungsbehörden ausgehenden Personalverweise treten. Ferner wurde auf die Notwendigkeit der Schaffung einheitlicher Reisepässe für Lebensmittel und für Treib- und Schmierstoffe für die beiden Besatzungsgebiete hingewiesen.

Der Ruf nach Opposition

VON UNSEREM MÜNCHNER KORRESPONDENTEN

MÜNCHEN. — Nach dem Zusammenbruch im Mai 1945 sind Monate nötig gewesen, um dem Nationalsozialismus auf allen Gebieten zu begegnen durch Aufklärung in Wort und Schrift.

In Bayern, dessen Situation von keinem geschädigt wurde („Nouvelles de France“ Nr. 30), gibt es viele Leute, die sich bei einer zwanglosen Diskussion verständlich oder sich zumindest in der Beurteilung politischer Themen stark zu erkennen lassen.

Die geschichtliche Königspartei wurde im Sommer des Jahres 1946 von der Militärregierung aufgelöst. Ihre Stärke war nicht zu unterschätzen. Kräfte- und schließlichen Wahlen für die Verfassungsgebende Landesversammlung folgten.

Feststellungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

BERLIN. — Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ in Berlin-Dahlem hält in einer agrarpolitischen Untersuchung die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Deutschland für erforderlich.

Zwischen dem britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet und der französischen Zone sind für das erste Vierteljahr 1947 gegenseitige Lieferungen im Betrag von je 33 Millionen Mark, also insgesamt ein Warenaustausch in Höhe von 66 Millionen Mark, vorgesehen.

Von der amerikanisch-britischen Zone werden Eisen und Stahl, Fertigerzeugnisse wie Maschinenteile usw., Textilien, Spezialplatten, Autoreifen, technische Gummiwaren, Nicht-Eisenmetalle, chemische Erzeugnisse, elektro-technische Erzeugnisse, Baumstoffe, Papier, Büroartikel und Zuchtvieh geliefert werden.

Die französische Zone wird im Austausch Getreide, Textilien, Uhren, Instrumente, feinschmelzige Erzeugnisse, Stahl- und Eisenwaren, landwirtschaftliche Maschinen, Nähmaschinen, Herd, feinste Materialien, chemische Erzeugnisse, Zellulose und Papier, Tabak und Schmelzblei liefern.

Theater und Konzerte

31. JANUAR

PREIBURG: Jupiter; IDAR-OBERTEN: Je vivrai un grand amour; KONSTANZ: Stadttheater, 19.30 Uhr; Der Regen des Olympos...

31. JANUAR

KONSTANZ: Stadttheater, 19.30 Uhr; Der Regen des Olympos...; SAARBRÜCKEN: Hommage à Chopin; SAARLOUIS: La soirée du dimanche.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

31. JANUAR

18.45 Frankreich spricht zum deutschen Volk; 19.00 Wir jungen Menschen; 19.30 Musik zur Teatstunde; 19.38 Kreuz und quer durch Deutschland.

LES MAINS D'ORLAC

PAR MAURICE RENARD

sonne, un peu de ses mains... Et l'alliance! Oh! l'alliance! Ce petit anneau d'or! Ce petit chaînon de la chaîne invisible (et extensible) qui reliant par l'annulaire la main de Stéphane à la main de Rosine!... Dieu! Il semblait à présent que la chaîne fût détachée d'un côté...

M. de Crochans, secouant sa tête second Empire, paraphrasa: — Et qu'échèterais-je avec l'argent de mes toiles qui me donne autant de joie que mes toiles? La liberté? Qu'en ferais-je! Enfin, savez-vous: j'ai toujours de la sympathie pour votre tabellion de beau-père, et l'imagine que, sans moi, il y a belle lurette que les médiums et les époux Crépin l'auraient mis sur la pelle, lui — et vous, par ricochet.

Stil und Atmosphäre des französischen Hauses

Ich will nicht von dem französischen Hause sprechen, wie man es von der Saville aus sieht. Das würde mich zu weit führen, denn es gibt so viele Baustile, wie es Provinzen gibt und wer sich dafür interessiert, braucht nur zum Beispiel in den Büchern nachzuschlagen, die Herr Leandre Vallat, einer der besten Urbanisten unserer Tage und ein überragender Kenner unserer Provinzen, darüber geschrieben hat. Tausend Nuancen, ebensoviel Köstlichkeiten vom ästhetischen Standpunkt aus, unterscheiden das Haus in Savoyen von dem in der Bretagne, im Limousin oder in der Provence.

Aber es gibt in jedem französischen Haus etwas, das nicht oder nur ganz wenig weicht, dessen Spuren, dessen Gegenwart man überall feststellen kann: es ist der Stil, der im Innern herrscht, dieser Stil, der selbst zur Zeit der Revolution, wenn ich so sagen darf — besonders Abtät des Lebens ist, das in diesem Räume wohnt.

Dieser Stil zu definieren (wie man es bei legendären mezzanischen Wohnstätten in der Provinz mit dem Dürer-Vertrag, dem Godeau, der Duchâle und all dem malerischen Kolorit tut, die dem vorübergehenden Touristen das Herz warm werden lassen), das ist schiedlich unmöglich. Aber ich will versuchen, ihn zu erklären, zu beschreiben, eine Ahnung wenigstens von der ganzen Atmosphäre zu geben, die er schafft, und von dem Geisteszustand, den sie anleitet.

In dem von Schickel begünstigten Ländern, wo die Milde des Klimas dazu einleitet, das Leben mehr außerhalb des Hauses zu verbringen, gewöhnt sich der Mensch daran, dieses lediglich die eine Art Zufahrt zu benutzen, um den ein oder zwei angenehm verweilen zu können, aber, sobald es möglich ist, abzuhauen. Nicht daß man es nicht liebt und etwa kleine Anstrengungen macht, es zu verlassen und den Aufenthalt schließlich zu genießen, aber alles in allem ist es nur der Mühsalpunkt einer kleinen Welt, die sich darum schmeißt, die umzugesen sein zu können. So ist das Haus als wichtiges

schon, seit Jahrhunderten die Familie lebt, nicht und wieder geboren wird. Lassen wir uns nicht beschreiben, nicht übersehen von den modernen Stilen mit ihren Hochhäusern, diesen riesigen Nischen, in denen die Menschen wie namenlose Insekten, Gläsern einer neuen, mechanisierten Zivilisation, zusammengepreßt, über und untereinander küssen, in den Vororten, in den kleinen Städten, auf den Lande, da wo die französische Familie noch nach der von den Vorläufern übernommenen Art, da kann sie sich noch die weiche Umgebung schaffen, die ihren inneren Bedürfnissen entspricht. Es handelt sich dabei wirklich um etwas von dem nach außen Wachen, etwas, das nicht ganz ohne Anlehnung an das Tier, die ja auch ein eigener Substrat unter Mithilfe der Zeit aufgebaut wird.

Selten streift der Franzose, um sein Heim auszugestalten, den Können eines Innendekorations Zeichners. O nein! Er vertritt sich dabei ganz auf sich selbst und die soziale Wirkung ist, — das weiß man spätestens — nicht immer sehr glücklich. Das rührt daher, daß die soziale Forderung von Anfang an durch unverständliche Theorien, durch sehr oder weniger ungenutzte Nachahmungen irreführend worden ist. Die meisten Fäden des Lebens sind eine absolute Gleichgültigkeit in Bezug auf ästhetische Einheiten. Menschen von Geschmack und Kultur leben, ohne davon ein geringes Gefühl zu sein, zwischen einer Kommode Louis XVI., einem Barockstuhl aus der Normandie und Empirerem. Wenn ist das möglich? Weil die Verantwortlichkeit dieser Gegenstände sich seit langem verstreut hat, verstreut hat, kann wahrnehmbare Wechselwirkungen sind von einem zum anderen gegangen und haben im Laufe der Jahre eine Atmosphäre geschaffen, in der sich alle Gegenstände gleich haben, eine gelbliche Atmosphäre, welche die Kinder von der Wiege an einzuatmen, zu deren Weiterentwicklung diese Kinder in Heranwachsenden durch all die Beiträge, was sie erleben, was sie in diesem Heim empfinden. Dies ist die Erklärung für das ungenutzte Charis, das von so manchen von unsen Schriftstellern, — E. Marcel Proust, beschriebenen Heim empfand, in dem, ich weiß nicht, was für eine Lebensweise quasi (Stille, statisch) wohnhaft geworden ist, Trauer, Wärme, Leben und Frieden jeder Generation ist ein noch klar, haben ihre Platz, an dem sie unsperrlich, wie jedes neue Haus, jeder neue Teppich, jedes neue Bild, den Blick auf sich legen, um nach einiger Zeit von dem besten Vorhandensein völlig entkommen, sich ins Ganze einzufügen, ein Teil der Gesamtheit zu werden und ihre eigenen Erfindungen zuzuschreiben.

Wir so viele Vorzüge sind, fehlt noch die Gegenstände nicht. Allerdings verleiht die so geschaffene Atmosphäre in einer Notlage, sich überzuküpfeln, das von einem Kommode abstrahieren oder ihn wenigstens mit unangenehmen

Deutsche Pressestimmen Aus der französischen Zone

Bürokratie Gelenkte Wirtschaft und

Ein Vorbehalt gegen den Sozialismus ist, gelenkte Wirtschaft müsse zu Wirtschaftsbürokratismus führen. Unter dem Titel „Wirtschaftsbürokratismus“, veröffentlicht die „Friedliche Volkswirtschaft“ einen Aufsatz, in dem u. a. ausgeführt wird:

„Die unkontrollierte Wirtschaft hat es bisher gut verstanden, sich mit Sperrzonen persönlicher Verpflichtungen zu umgeben und zu schützen, während die negativen Erscheinungen eines Wirtschaftsbürokratismus immer nur von Beamten dargestellt wurden, denen mit Presse, Parteien oder Gewerkschaften beizukommen sein mußte.

Wirtschaftsbürokratismus ist eine Frage der Demokratie. Man wird zugeben, daß das deutsche Volk erst am Anfang einer demokratischen Entwicklung steht. Der echte Sozialismus hat es aber niemals unterlassen, darauf hinzuweisen, daß er sich einer klaren und unverkennbaren Demokratie, einer ewigen Geltung der Menschenrechte verbunden sieht. Der deutsche Unterbewußtsein muß befreit und damit eine richtige und sachliche Kritik möglich werden. Auch die Behörden sind zu demokratischem Denken zu erziehen.

Es ist absolut klar, daß die freie, ungelente Wirtschaft bei Mangel auf der einen und großer Nachfrage auf der anderen Seite bisher niemals einen Wohlstand herbeiführte, sondern höchst eigenartige Wege ging. Wenn der Wirtschaftsbürokratismus als eine vorangehende Folge der Sozialisierung der Wirtschaftsbürokratismus hinreichend wird, so ist dahinter nichts anderes zu vermuten als die Befürchtung, der eigene Egoismus solle niedergehalten werden. Lebten Enden aber ist der Mensch mit seinem Ehrgeiz und seinem Charakter in der gelenkten und in der freien Wirtschaft auszubilden.“

Neuzeitliche Nomaden

Ueber das Thema Flüchtlinge und Evakuierte ist schon viel geschrieben worden. Es gibt jedoch immer noch Leute, die den Heimatlosen gegenüber ungerecht und gemein sind. Die „Rhein-Zeitung“ (Koblenz) veröffentlicht einen Artikel, in dem festgestellt wird, daß Menschen zuweilen wie Ware behandelt werden.

„Nach Jahren untreulichen Aufenthaltes in einem anderen Teile Deutschlands werden Evakuierte plötzlich zur Heimkehr aufgefordert. Sie waren damals nicht danach gefragt worden, wohin sie aus den durch Bombenangriffe gefährdeten Städten gelangen würden, und jetzt ist „dieser andere Teil Deutschlands“ plötzlich eine Zone, in der sie als Fremdkörper gelten.

Deutsche werden als Ware behandelt, die man hin- und her-schiebt und deren Annahme

MOTS CROISES PROBLEME No 211. A crossword puzzle grid with numbers 1-10 and a list of words to be placed horizontally and vertically.

niere heure... dernière heure... dernière heure... der

M. Blum a transmis ses pouvoirs à M. Ramadier

PARIS. — Le président Léon Blum a transmis, jeudi matin, dans le cabinet présidentiel de l'Hôtel Matignon, ses pouvoirs à M. Paul Ramadier, nouveau président du conseil; puis M. Léon Blum s'est rendu au quai d'Orsay, où il a transmis ses pouvoirs de ministre des Affaires étrangères à M. Georges Bidault, tandis que, place Vendôme, M. Ramadier transmettait ses pouvoirs à M. André Marie, nouveau garde des Sceaux.

Il a été procédé, d'autre part, à la passation de pouvoirs entre M. Philip, ministre de l'Economie nationale et M. Robert Schuman, ministre des Finances.

On sait que, mercredi à 11 heures, ces deux ministres avaient eu un entretien avec M. Ramadier, au cours duquel avait été débattue la délimitation de leurs attributions respectives. Il était notamment question de faire passer le contrôle du crédit du secteur privé, domaine du ministère des Finances, à celui de l'Economie nationale.

A L'Elysee

M. Vincent Auriol, président de la République, a reçu, jeudi matin, M. Auguste, président du conseil général, et M. Verguette, président du conseil municipal de Paris, qui sont venus lui apporter les vœux de la population parisienne.

La situation hebdomadaire de la Banque de France

PARIS. — La situation hebdomadaire de la Banque de France, arrêtée au 16 janvier se traduit par une déflation générale des principaux postes de l'actif et du passif.

La crise gouvernementale grecque

ATHENES. — Les délibérations pour la formation d'un nouveau gouvernement grec se poursuivent. Selon toutes probabilités, c'est M. Magimos qui sera chargé de former le cabinet. La répartition des portefeuilles se fera au prorata des effectifs de chaque parti.

L'activité de l'E.A.M.

ATHENES. — Dans une communication au président Tsaldaris, le comité central de l'E.A.M. a demandé de poursuivre l'exécution de personnes condamnées récemment par le tribunal militaire de Thèbes.

La frontière polonaise et les revendications Tchécoslovaque

PRAGUE. — Dans la revue catholique „Obzor“, M. Duchacek, président de la commission parlementaire tchécoslovaque des Affaires étrangères, écrit: Nous adressons la Pologne à mater

Après la catastrophe de l'«Himarra»

ATHENES. — Le gardien de phare de l'île de Bardouchi, près du cap L'«Himarra» a fait naufrage assuré que le bateau est passé à quelques heures de nos côtes alors qu'il avait pour destination le port de Salonique.

La représentation yougoslave auprès du gouvernement Italien

ROME. — Un communiqué du ministère Italien des Affaires étrangères annonce que, jeudi matin, M. Pietro Nenni a reçu M. Sven Y Smolnaka, représentant de la Yougoslavie au sein du conseil consultatif allié pour l'Italie, qui lui a annoncé que le gouvernement de la République populaire yougoslave avait décidé de créer une représentation diplomatique auprès du gouvernement Italien.

«La Pravda» et la politique étrangère de la Grande-Bretagne

MOSCOU. — Le 12 janvier dernier, «La Pravda» a publié un article intitulé: «Brevia dénonce le traité anglo-soviétique», dans lequel elle citait des passages de discours prononcés le 22 décembre dernier par le ministre des Affaires étrangères britannique.

Déraillement du rapide «Nice - Paris»

NIJERES. — Jeudi matin à 9 h. 20, quatre wagons de l'express 116 Nice-Paris ont déraillé à un kilomètre de la gare de la Pauline d'Hyères.

Une personne a été tuée, une femme a été grièvement blessée et six autres voyageurs souffrant de blessures légères ont dû être transportés à l'hôpital de Toulon.

La situation au sein du gouvernement Giral

PARIS. — La réunion ministérielle du gouvernement républicain espagnol du Dr Giral s'est poursuivie jeudi à Paris. L'exposé du nouveau programme qu'a fait le Dr Giral ne parait pas avoir convaincu les socialistes ni les représentants de l'Union générale des travailleurs.

Déraillement du rapide «Nice - Paris»

NIJERES. — Jeudi matin à 9 h. 20, quatre wagons de l'express 116 Nice-Paris ont déraillé à un kilomètre de la gare de la Pauline d'Hyères.

Une personne a été tuée, une femme a été grièvement blessée et six autres voyageurs souffrant de blessures légères ont dû être transportés à l'hôpital de Toulon.